

Fragen

**für die Fragestunde der 42. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 7. Mai 2003**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	33, 34	Kretschmer, Michael (CDU/CSU)	39
Blank, Renate (CDU/CSU)	24, 25	Lanzinger, Barbara (CDU/CSU)	35, 36
Carstensen, Peter H. (Nordstrand)	1, 2 (CDU/CSU)	Dr. Löttsch, Gesine (fraktionslos)	26, 27
Connemann, Gitta (CDU/CSU)	40, 41	Pau, Petra (fraktionslos)	18, 23
Fahrenschon, Georg (CDU/CSU)	5, 30	Polenz, Ruprecht (CDU/CSU)	8, 9
Fritz, Erich G. (CDU/CSU)	28, 29	Dr. Schröder, Ole (CDU/CSU)	12, 13
Grindel, Reinhard (CDU/CSU)	14, 15	Singhammer, Johannes (CDU/CSU)	3, 4
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	21, 22	Dr. Solms, Hermann Otto (FDP)	37, 38
Kaster, Bernhard (CDU/CSU)	19, 20	Dr. Stinner, Rainer (FDP)	10, 11
von Klaeden, Eckart (CDU/CSU)	6, 7	Strebl, Matthäus (CDU/CSU)	31, 32
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	16, 17		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes .	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	10

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft**

1. Abgeordneter
Peter H. Carstensen
(Nordstrand)
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung das zusätzlich zum Sommerfangverbot für Dorsch in der Ostsee von der Europäischen Kommission verhängte Fangverbot ab dem 15. April 2003?
2. Abgeordneter
Peter H. Carstensen
(Nordstrand)
(CDU/CSU) Welche Auswirkungen wird das Fangverbot nach Einschätzung der Bundesregierung auf die Situation der Ostseefischerei und der Fischereigenossenschaften haben?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des
Bundeskanzleramtes**

3. Abgeordneter
Johannes Singhammer
(CDU/CSU) Werden allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundesnachrichtendienstes (BND), die von dem überraschenden Beschluss des Bundessicherheitskabinetts, den BND komplett nach Berlin zu verlagern, betroffen sind, die gleichen Ausgleichs- und Übergangsregelungen zugestanden wie den Kolleginnen und Kollegen der Abteilung 3 „Auswertung“, die bereits in diesen Monaten nach Berlin verlagert wird, und wenn ja, in welcher konkreten Höhe entstehen dadurch zusätzliche Kosten für den Bundeshaushalt auf der Basis der aktuellen Erfahrungen mit der Verlagerung der Abteilung 3?
4. Abgeordneter
Johannes Singhammer
(CDU/CSU) Welche konkreten Schätzungen führen zu der Annahme der Bundesregierung (DIE WELT vom 14. April 2003), dass mit dem Verkauf des BND-Geländes in München-Pullach ein Erlös von 500 Mio. Euro erzielt werden könne, der zur Finanzierung der Neubaumaßnahmen in Berlin ausreichen würde, und wenn diese Summe nicht erzielt werden kann, in welchen Haushaltstiteln wären die fehlenden Mittel dann vorgesehen?

5. Abgeordneter
**Georg
Fahrenschon**
(CDU/CSU)
- Mit welchem Gesamtaufwand (z. B. Abbau von Benzinlagern und Bunkern, Suche und gegebenenfalls Sanierung von weiteren Altlasten am bisherigen Standort, Umzugskosten, Vorbereitung der Clay-Kaserne am neuen Standort etc.) einerseits und mit welchen Erträgen andererseits (z. B. durch den Verkauf von nicht im Bannwald befindlichen Flächen) rechnet die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Vorhaben, den BND in Pullach aufzulösen und komplett nach Berlin zu verlagern?
6. Abgeordneter
**Eckart
von Klaeden**
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt das Bundeskanzleramt unter Verantwortung von Bundeskanzler Gerhard Schröder entsprechend der von der Staatsanwaltschaft Bonn im Verfahren 50 Js 816/00 eingeräumten Möglichkeit zur Verfahrenseinstellungsabsicht der Staatsanwaltschaft eine Stellungnahme abzugeben, und wenn ja, bis wann?
7. Abgeordneter
**Eckart
von Klaeden**
(CDU/CSU)
- Wird sich das Bundeskanzleramt unter Verantwortung von Bundeskanzler Gerhard Schröder im Falle der Abgabe einer solchen Stellungnahme bei deren Erarbeitung der Hilfe des früheren Ermittlungsführers, Dr. Burkhard Hirsch, bedienen, und wenn ja, auf welcher rechtlichen Grundlage?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

8. Abgeordneter
**Ruprecht
Polenz**
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage des stellvertretenden amerikanischen Verteidigungsministers Paul Wolfowitz in seinem Leserbrief im „SPIEGEL“ 16/2003, Seite 12, dass – wie aus dem offiziellen Protokoll seines Gesprächs mit dem Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, am 18./19. September 2001 hervorgehen soll – Paul Wolfowitz „nie die Auffassung vertreten habe“, die ihm der Bundesminister des Auswärtigen in dessen „SPIEGEL“-Gespräch 13/2003, Seite 49, zugeschrieben habe, dass „die USA eine ganze Reihe von Ländern von ihren terroristischen Regierungen notfalls auch mit Gewalt befreien müssten“, sondern dass Paul Wolfowitz laut dem offiziellen Protokoll stattdessen gesagt haben soll, dass „nicht nur das Militär, sondern das ganze Spektrum an Mitteln – unter anderem diplomatische, geheimdienstliche und strafrechtliche – benötigt werde, um den Terrorismus erfolgreich zu bekämpfen“, und inwieweit

stimmt die Bundesregierung der Aussage von Paul Wolfowitz in seinem Leserbrief im „SPIEGEL“ 16/2003 zu?

9. Abgeordneter
**Ruprecht
Polenz**
(CDU/CSU)

Ist aus Sicht der Bundesregierung die Aussage des stellvertretenden amerikanischen Verteidigungsministers Paul Wolfowitz im „SPIEGEL“ 16/2003, Seite 12, zutreffend, dass der Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, in seinem „SPIEGEL“-Interview 13/2003 auf Seite 49 die Äußerungen von Paul Wolfowitz aus einem „privaten Treffen“ mit ihm wiedergegeben haben soll, und wenn ja, entspricht es dem üblichen diplomatischen Umgang, dass der Bundesminister des Auswärtigen Inhalte eines „privaten Treffens“ in aller Öffentlichkeit diskutiert?

10. Abgeordneter
**Dr. Rainer
Stinner**
(FDP)

Welche Institutionen haben bisher nach Kenntnis der Bundesregierung an Unternehmen aus welchen Ländern Aufträge für den Wiederaufbau im Irak vergeben?

11. Abgeordneter
**Dr. Rainer
Stinner**
(FDP)

Welches Vergabeverfahren für den Wiederaufbau im Irak hält die Bundesregierung für die Zukunft am geeignetsten, und welche diplomatischen Anstrengungen hat sie bereits unternommen, um dieses umzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

12. Abgeordneter
**Dr. Ole
Schröder**
(CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung bei den Verhandlungen zum Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen und Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen (RD 6566/03), darauf bestehen, dass die Anerkennung als Flüchtling nur bei staatlicher oder staatlich zurechenbarer Verfolgung erfolgt, und wird die Bundesregierung ihre Zustimmung zur Richtlinie insgesamt verweigern, wenn sie sich insoweit nicht durchsetzt?

13. Abgeordneter
**Dr. Ole
Schröder**
(CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung bei den Verhandlungen zum Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen und Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen (RD 6566/03), darauf bestehen, dass die Regelungen über den Zugang zum Arbeitsmarkt, da sie nicht in den Kompetenzbereich der EU fallen, aus der Richtlinie herausgenommen werden, und wird die Bundesregierung ihre Zustimmung zur Richtlinie insgesamt verweigern, wenn sie sich insoweit nicht durchsetzt?

14. Abgeordneter
**Reinhard
Grindel**
(CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung bei den Verhandlungen zum „Richtlinienvorschlag zum Status langfristig aufhältiger Drittstaatsangehöriger“ (RD 8237/01) darauf bestehen, dass fünf Jahre Aufenthalt als Voraussetzung für den Status als langfristig aufenthaltsberechtigter Drittstaatsangehöriger zu kurz bemessen sind, vielmehr eine Orientierung an der in Deutschland momentan geltenden Rechtslage zu erfolgen hat, und wird die Bundesregierung ihre Zustimmung zur Richtlinie insgesamt verweigern, wenn sie sich insoweit nicht durchsetzt?

15. Abgeordneter
**Reinhard
Grindel**
(CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung bei den Verhandlungen zum „Richtlinienvorschlag zum Status langfristig aufhältiger Drittstaatsangehöriger“ (RD 8237/01) darauf bestehen, dass die Entscheidung, wann ein Drittstaatsangehöriger „langfristig aufenthaltsberechtigt“ ist, nicht allein von seiner Aufenthaltsdauer abhängt, sondern dieses ausdrücklich auch von einem Integrationsbeitrag (insbesondere Erlernen der Sprache) abhängig gemacht wird, und wird die Bundesregierung ihre Zustimmung zur Richtlinie insgesamt verweigern, wenn sie sich insoweit nicht durchsetzt?

16. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung bei den Verhandlungen zum Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen und Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen (RD 6566/03), darauf bestehen, dass der „weite Flüchtlingsbegriff“ einschließlich der damit verbundenen Statusaufwertung herausgenommen wird, und wird sie notfalls ihre Zustimmung zur Richtlinie insgesamt verweigern?

- | | |
|---|--|
| 17. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU) | Wird die Bundesregierung bei den Verhandlungen zum Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen und Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen (RD 6566/03), darauf bestehen, dass „subsidiär Schutzberechtigte“ keinen Anspruch auf Familienzusammenführung haben, und wird sie notfalls ihre Zustimmung zur Richtlinie insgesamt verweigern? |
| 18. Abgeordnete
Petra Pau
(fraktionslos) | Wie viele antisemitische Straftaten wurden im ersten Quartal 2003 in der Bundesrepublik Deutschland begangen, und wie viele Opfer dieser Straftaten gab es? |
| 19. Abgeordneter
Bernhard Kaster
(CDU/CSU) | Welche Kriterien berücksichtigt die Bundesregierung, wenn sie – wie im Falle des ehemaligen Chefs des Presse- und Informationsamtes und Sprechers der Bundesregierung Staatssekretär Uwe-Karsten Heye – dem Bundespräsidenten die Versetzung politischer Beamter in den einstweiligen Ruhestand vorschlägt, um dem Willkürverbot und der Intention des § 36 Bundesbeamtengesetz bzw. § 31 Beamtenrechtsrahmengesetz Rechnung zu tragen? |
| 20. Abgeordneter
Bernhard Kaster
(CDU/CSU) | Welche Auswirkungen hat die künftige Tätigkeit von Uwe-Karsten Heye als Generalkonsul auf die Versorgungsbezüge des ehemaligen Regierungssprechers? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

- | | |
|--|---|
| 21. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU) | Welche Maßnahmen erwägt die Bundesregierung, um die Eigenkapitalbildung von kleinen und mittelständischen Unternehmen zu unterstützen, so dass sich deren Möglichkeiten zur Aufnahme von Fremdkapital verbessern? |
| 22. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU) | Welche langfristige Fortentwicklung des Steuerrechts beabsichtigt die Bundesregierung, um die Eigenkapitalausstattung von kleinen und mittelständischen Unternehmen zu verbessern? |

23. Abgeordnete
**Petra
Pau**
(fraktionslos)

Welche Auswirkungen hat die Neuregelung des Umsatzsteuergesetzes auf die Besteuerung von Schulspeisungen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

24. Abgeordnete
**Renate
Blank**
(CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung das aktuelle Vorgehen der Deutschen Post AG, die bundesweit damit begonnen hat, das Netz der Briefkästen massiv auszudünnen?

25. Abgeordnete
**Renate
Blank**
(CDU/CSU)

Mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung sicherstellen, dass die flächendeckende Versorgung der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere im Bereich von Altersheimen, Senioren- und Wohnheimen etc., mit wohnortnahen Briefkästen auch künftig gewährleistet ist?

26. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Lötzs**
(fraktionslos)

Wie hoch waren bzw. sind die Ansätze sowie die Ist-Ausgaben für das Arbeitslosengeld durch die Bundesanstalt für Arbeit (BA) von 1999 bis 2003, und wie bewertet die Bundesregierung die Realisierbarkeit der geplanten Einsparungen für 2003?

27. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Lötzs**
(fraktionslos)

Trifft es zu, dass durch die BA, wie in der „Wirtschaftswoche“ vom 24. April 2003 berichtet, Vorgaben zur Verhängung von Sperrzeiten für Empfänger von Arbeitslosengeld erlassen wurden, und falls ja, wie beurteilt die Bundesregierung dieses Vorgehen?

28. Abgeordneter
**Erich G.
Fritz**
(CDU/CSU)

In welcher Weise hat die Bundesregierung den gegenüber der EU-Kommission durch den Beschluss des Deutschen Bundestages vom 13. März 2003 gemäß Bundestagsdrucksache 15/576 eingelegten Parlamentsvorbehalt im Rahmen der laufenden WTO-Dienstleistungsverhandlungen GATS (WTO: Welt handelsorganisation) berücksichtigt, und welche praktischen Konsequenzen hat dieser Parlamentsvorbehalt bei dem Zustandekommen und der inhaltlichen Festlegung der jetzt vorgelegten EU-Angebote gehabt?

29. Abgeordneter
Erich G. Fritz
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass im nun vorgelegten EU-Verhandlungsangebot für die GATS-Verhandlungen der Beschluss des Deutschen Bundestages vom 13. März 2003 ausreichend berücksichtigt wurde, und hält die Bundesregierung insbesondere das Ersetzen von „wirtschaftlicher Bedarfsprüfung“ durch eine „Quotenregelung“ beim Import von Dienstleistungen durch einreisende Personen (Mode 4) für eine ausreichende Beachtung des oben angesprochenen Beschlusses des Deutschen Bundestages?
30. Abgeordneter
Georg Fahrenschon
(CDU/CSU)
- Wann hat der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement, erstmals davon erfahren, dass sein Parlamentarischer Staatssekretär Rezzo Schlauch beabsichtigt, die in der „BILD“ vom 28. April 2003 beschriebene Amerika-Reise durchzuführen, und was hat er im Lichte seiner Erkenntnisse über den damaligen Missbrauch der als Abgeordneter des Deutschen Bundestages aus Dienst- und Mandatsreisen entstandenen Bonusmeilen für private Zwecke durch den heutigen Parlamentarischen Staatssekretär Rezzo Schlauch vor dessen Ernennung veranlasst?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung

31. Abgeordneter
Matthäus Strebl
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung angesichts der Tatsache, dass jedes Jahr laut „pro Patient e. V.“ Medikamente im Wert von über 2 Mrd. Euro auf den Müll geworfen werden, bei den Pharmaunternehmen darauf hinzuwirken, dass Probierpackungen eingeführt werden?
32. Abgeordneter
Matthäus Strebl
(CDU/CSU)
- Entspricht es der Wahrheit, dass 40 % der bei uns von den Krankenkassen erstatteten Medikamente gar nicht getestet sind bzw. ihre Wirkung unklar ist, wie „pro Patient e. V.“ behauptet?

33. Abgeordneter
**Dietrich
Austermann**
(CDU/CSU)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen der vom Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung in Auftrag gegebenen Akzeptanzstudie „Überprüfung von Schülerinnen im Alter von 10 bis 19 Jahren bezüglich Musikschallpegelbegrenzungen“?
34. Abgeordneter
**Dietrich
Austermann**
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, verbindliche Grenzwerte für die zulässige Lautstärke in Diskotheken festzusetzen?
35. Abgeordnete
**Barbara
Lanzinger**
(CDU/CSU)
- Wie stellen sich laut Bundesregierung die Kosten (insbesondere die Kosten für Gebäudeerwerb und -umbau, Mitarbeitergewinnung und -schulung sowie Durchführung des Beitragseinzuges) hinsichtlich der Entscheidung, den Beitragseinzug für alle geringfügig Beschäftigten zentral über die Minijob-Zentrale (Bundesknappschaft) abwickeln zu lassen, dar?
36. Abgeordnete
**Barbara
Lanzinger**
(CDU/CSU)
- Wie wirkt sich die Zentralisierung und Verlagerung auf die Arbeitsplatzsituation in den bisher dafür zuständigen Krankenkassen aus?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

37. Abgeordneter
**Dr. Hermann Otto
Solms**
(FDP)
- Warum wird im Entwurf des Bundesverkehrswegeplanes 2003 die Erweiterung der Bundesautobahn A 5 vom Autobahnkreuz Gambach bis zum geplanten Anschluss der A 49 bei Gemünden aufgrund des dort zu erwartenden Engpasses nicht zeitgleich mit der Erweiterung des Abschnittes Autobahnkreuz Bad Homburg bis Autobahnkreuz Gambach in den Vordringlichen Bedarf aufgenommen?
38. Abgeordneter
**Dr. Hermann Otto
Solms**
(FDP)
- Wieso werden im Rahmen der geplanten „Abstufung der Bundesfernstraßen“ die bereits seit Jahren durchgeführten Planungen und Verwaltungsverfahren nicht berücksichtigt und die Vorhaben vor einer solchen Abstufung nicht zu Ende geführt, und weshalb sind in diesem Zusammenhang die ursprüng-

lich vorgesehenen Ortsumgehungen auf der Bundesstraße B 489 (Hungen) im Entwurf des Bundesverkehrswegeplanes 2003 nicht mehr berücksichtigt, beziehungsweise die Ortsumgehung Reiskirchen an der B 49 nur noch im Weiteren Bedarf genannt?

39. Abgeordneter
**Michael
Kretschmer**
(CDU/CSU)

Welche konkreten Schritte unternimmt die Bundesregierung nach dem Gespräch des Bundesministers für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Dr. Manfred Stolpe, mit seinem polnischen Amtskollegen, Infrastrukturminister Marek Pol, am 30. April 2003 in Görlitz, um – insbesondere im Hinblick auf den bevorstehenden EU-Beitritt der Republik Polen – die grenzüberschreitende Straßenverbindung der Bundesstraße B 178 mit der tschechischen Staatsstraße R 35 möglichst zeitnah zu erreichen?

40. Abgeordnete
**Gitta
Connemann**
(CDU/CSU)

Trifft es zu, dass die Bundesrepublik Deutschland als Eigentümerin des Meeresbodens innerhalb des sog. Küstenmeeres (12-Seemeilen-Zone) eine Nutzung in Gestalt der Errichtung von Offshore-Windenergieanlagen von dem Abschluss eines zivilrechtlichen Nutzungsvertrages mit etwaigen Betreiberunternehmen abhängig machen kann, und wenn ja, in welchen Fällen sind bereits solche Verträge geschlossen worden?

41. Abgeordnete
**Gitta
Connemann**
(CDU/CSU)

Sind Betreiberunternehmen an die Bundesregierung wegen der Aufnahme von Vertragsverhandlungen herangetreten, und wenn ja, in welchem Stadium befinden sich die Vertragsverhandlungen?

